

Lübecker Volksbote

Tagesszeitung für das arbeitende Volk

Nummer 18.

Montag, 22. Januar 1923.

30. Jahrgang.

Vor der Katastrophe.

Ein Ultimatum der Bergarbeiter. — Die Forderung der Arbeitgeberverbände. — Proteststreik der Eisenbahner.

SPD. Eisen, 20. Januar. (Eig. Drahtber.)

Die Situation im Ruhrgebiet spitzt sich zu. Nach mißglückten Verhandlungen, Verhandlungsversuchen und ebenso erfolglosen Maßnahmen geht man zum zweiten Teil des Programms über: man schreitet zur Tat. Die staatlichen Gruben sind besetzt, die ersten Verhaftungen von Wirtschaftsführern sind erfolgt, auch der Großindustrielle Thyssen, der nach außen hin den Widerstand der Industriellen repräsentiert, wenn er auch keineswegs die einzige Seele des Widerstandes ist, befindet sich unter den Betroffenen. Sollten die französischen Generale und Kammerherren ihres königlichen Diktators damit gerechnet haben, daß die Bevölkerung, daß die Arbeiterschaft diese Maßnahmen stillschweigend hinnimmt, sollte sie erwartet haben, daß man sich mit einem Senjzer der Ebene in die Beschlagnahme der 32 Ruhrkohlenfläze, in den Eingriff in die Depots der Banken wagt, dann hat man gründlich die Rechnung ohne den Wirt gemacht. Die Bevölkerung empfindet die Besetzung des Ruhrgebietes als Invasion, sie empfindet die Verhaftung deutscher Wirtschaftsführer, die nichts weiter getan haben, als nach dem Knallen der französischen Peitsche nicht zu tanzen, als gemeine Preijon, sie empfindet alle Eingriffe in deutsches Gut als Raub und Diebstahl und läßt es sich nicht verbieten, das Kind beim rechten Namen zu nennen. Sie läßt sich das Recht nicht nehmen, zu zeigen, wie sie über das Treiben des französischen Militärjocils denkt. Die Herren Generale erlauben sich, eine Handvoll Deutscher, die sich weigern, für den französischen Militarismus Sklavendienste zu leisten, gefangenzusetzen? Wohlau, aus der Handvoll werden Hunderttausende von Händen, die diese Sklavenarbeit vorwigen. Wiederaufbau? Ja! Sklavenarbeit? Nein! Man wird am Montag sehen, was die Arbeiterschaft im Ruhrgebiet über die „friedlichen“ Methoden des Herrn Poincare denkt. Anklagt die Peitsche? Wohlau, die Ruhrarbeiter werden tanzen, aber eine andere Weise, als man sich's im Quai de Orsay geträumt hat. Sie haben eine getreue Kammermehrheit. Herr Poincare? Sollten Sie die Arbeiter an der Ruhr mit dieser Kammermehrheit verwickelt haben, dann war das ein gefährlicher Irrtum. Wenn Sie nicht auf die Stimmen der Gewerkschaftsführer und Betriebsräte hören, die Ihnen Ihre Handlanger in Düsseldorf übermitteln werden, dann dürfte am Montag der zweite Akt beginnen, der Ihnen vielleicht weniger angenehm sein wird. Sie sind rjkaunt. Sie betonen immer wieder, daß es sich ja nur um einen durchaus „friedlichen“ Spaziergang handelt. Aber es scheint, daß Ihre Knäuelbüchsen sehr leicht Feuer fangen. In Bochum haben sie auf eine unbewaffnete Menge geschossen, in Langendreer haben Sie einen einjamen Nachtwandler ohne Grund niederstrecken lassen. Sind das Ihre „friedlichen“ Methoden, Herr Poincare? Glauben Sie dadurch die Arbeiter an der Ruhr zu Ihren Freunden machen zu können? Dann fahren Sie fort!

Ein abschließendes Ultimatum.

Eisen, 22. Januar.

Von der Vertretung der Arbeiter und Angestellten der Essener Steinkohlen-Bergwerks-A.G. und der angegliederten Zechen begab sich gestern eine Abordnung nach Mainz, um mündlich Protest gegen die Verhaftung des Generaldirektors Tengelmann und der übrigen Bergbauvertreter einzulegen und deren Freilassung zu fordern. Die von der Vertretung gefaßte Entschlieung hat folgenden Wortlaut:

Die Arbeiter und Angestellten der Essener Steinkohlenbergwerke und der ihnen angegliederten Zechen „Victoria“, „Friedrich“, „Cestel“ und „Dortfeld“ erheben schärfsten Protest gegen die unberechtigte Inhaftierung unseres Generaldirektors und der übrigen leitenden Persönlichkeiten des Ruhrbergbaues, weil sie in diesem Vorgehen seitens der Besatzungsbehörde eine schwere Gefahr für die persönliche Freiheit der Arbeiter und Angestellten erblicken. Sie sind davon überzeugt, daß die willkürlichen und unberechtigten Maßnahmen der militärischen Gewalt haben unter deutsches Wirtschaftsleben ruinieren werden. Arbeiter und Angestellte versuchen, daß auch sie nur das tun werden, was den Interessen des Deutschen Reiches und des deutschen Volkes entspricht. Mit besonderem Nachdruck warnen sie vor der Besetzung mit französischen und belgischen Waffen. Niemand wird die Arbeiter- und Angestelltenchaft es dulden, unter fran-

zösischen und belgischen Bajonetten zu arbeiten. Die Arbeiter und Angestellten der genannten Zechenanlagen fordern binnen 48 Stunden die Freilassung der inhaftierten Persönlichkeiten, widrigenfalls alle gesonnen sind, geeignete Maßnahmen durchzuführen.

Freilassung oder Streik!

Düsseldorf, 20. Januar.

Die Betriebsräte der Thyssen-Werke, die insgesamt 65 000 Arbeiter vertreten, machen am Sonntag nachmittag dem Regierungspräsidenten in Düsseldorf anlässlich der Verhaftung von Fritz Thyssen einen Vorbehalt, um mit ihm eventuelle Maßnahmen zu besprechen. Der Regierungspräsident, Genosse Grünauer, begab sich mit den Betriebsräten zu den kommandierenden Generalen der Besatzungstruppe. Unter anderem forderten die Betriebsräte sofortige Freilassung von Fritz Thyssen, andernfalls sofortige Einstellung der Arbeit bis zur Freilassung.

Eisen, 20. Januar.

Die französische Besatzungsbehörde hatte an die hiesige Eisenbahndirektion das Ersuchen gestellt, den Befehl des Reichsverkehrsministers, keinerlei Kohlentransporte nach Frankreich und Belgien abzuführen und solche Transporte, trotz des Befehls der Besatzungsbehörde, nicht umsetzen zu lassen, zu widerrufen und den Anweisungen der Besatzungsbehörde Folge zu leisten. Als dieses Anliegen abgelehnt wurde, wurden Eisenbahndirektor Zahn und Baurat Pusch verhaftet. Sie befinden sich derzeit — um 5 Uhr nachmittags — unter Bewachung französischer Soldaten in ihren Dienstjimmern. Die außerdem von je zwei französischen Offizieren besetzt sind. Jede Verkehr mit ihren Beamten und der Außenwelt ist ihnen unterjagt.

Die Forderung der Bergarbeiterverbände.

Eisen, 20. Januar.

Von den Bergarbeiterverbänden geht uns folgende Erklärung zu:

In der letzten Woche ist das Ruhrgebiet von starken französisch-belgischen Truppenverbänden mit Panzerartikeln, Kanonen, Maschinengewehren und sonstigen militärischen Ausrüstungen überfallen worden. Die militärische Besatzungsbehörde ist bereits bereitwillig in das Wirtschaftsleben eingegriffen. Die Kohlenbergwerke wurden zum Teil beschlagnahmt und mit Truppen besetzt, auch wurde eine Anzahl Werksleiter und Beamte verhaftet. Die Sicherheit für das Leben der Bevölkerung wird durch das Vorgehen gefährdet. Es sind bereits friedliebende Bürger verhaftet worden. Wir protestieren deshalb ganz energisch gegen den unrechtmäßigen Einmarsch französisch-belgischer Truppen in das Ruhrgebiet, 2. gegen jeden Einmarsch betrübender Elemente in den Bergwerkbetrieb und die Verhaftung, 3. gegen die gefährliche Besetzung der Bergwerke und die Unterbringung militärischer Kommandos auf den Zechen, 4. gegen die Verhaftung von Werksleitern und Beamten, 5. gegen die Entziehung von friedlichen Bürgern.

Um die Ruhe und Ordnung im Ruhrgebiet wiederherzustellen, fordern wir:

1. Sofortige Freilassung der Bergwerke und Zurückziehung der Truppen von den Zechen.
2. Freigabe der Werksleitern und Beamten.
3. Sicherheit für Leben und Eigentum der friedlichen Bevölkerung.
4. Zurückziehung der Truppen aus unserem sonst friedlichen Wohn- und Arbeitsgebiet.

Wir erwarten, daß die Besatzungsbehörde den berechtigten Forderungen Folge leistet. Werden unsere Forderungen nicht erfüllt, dann ist an eine gerechte Kostenförderung nicht zu denken. Formalen des Wirtschaftslebens werden dann unvermeidbar. Die friedliche Bevölkerung des Ruhrgebietes lehnt es ganz entschieden ab, unter den Bajonetten französischer Soldaten zu arbeiten.

Sechs Grubendirektoren verhaftet.

Eisen, 20. Januar.

Die auf heute vormittags von der französischen Besatzungsbehörde in Bredeken gelebenden Zechenvertreter Erik Thöffen, Generaldirektor Tengelmann von den Essener Steinkohlenbergwerken, Generaldirektor Wülfenberger von dem Essener Bergwerksverein „A. A. Wilhelm“, Generaldirektor Keilen von der Bergwerksgesellschaft Dahlbusch, Direktor Spinder von den Siemes-zechen und Bergwerkschef Offe von den Mannesmann-zechen wurden nach kurzer Verhandlung für verhaftet erklärt und von den Franzosen unter harter militärischer Bedeckung in der Richtung Düsseldorf abtransportiert.

Wegen der Verhaftung des Generaldirektors Tengelmann von den Essener Steinkohlenbergwerken haben sämtliche Beamte dieser Gesellschaft die Arbeit niedergelegt und sind in der Proteststreik getreten.

Eintägiger Proteststreik der Eisenbahner.

Bochum, 22. Januar.

Die Eisenbahner des neubesetzten Gebietes sind gestern in einen vierundzwanzigtägigen Proteststreik eingetreten. Der Personenverkehr ruhte vollständig.

Drohender Stillstand des Güterverkehrs.

TU. Eisen, 22. Januar.

In der Lage auf der Eisenbahn erfahren wir vom zuständigen Stelle folgendes:

Die Eisenbahner des gesamten alten und neubesetzten Gebietes halten sich strikte an die Weisungen des Verkehrsministers Gröner. Ueberall dort, wo die Franzosen einen Kohlenwagen oder Kohlenzüge beschlagnahmen, wird sofort die Weiterleitung die er Züge verweigert. Verschiedene Gleise auf den Rangierbahnhöfen können nicht mehr durch fahrende Wagen benutzt werden. Da aber auf den rheinisch-westfälischen Raumerbahnhöfen Hunderte von Gütern auf jedem Bahnhof zur Verladung stehen, kann einseitigen um so geperrte Gleise herumgefahren werden. Jede weitere Beschlagnahme aber erschwert den Eisenbahnbetrieb. Man erwartet, falls die Beschlagnahme weiter geht, daß spätestens Anfang nächster Woche der gesamte Eisenbahngüterverkehr dermaßen zerrüttet ist, daß er zum Stillstand kommen muß.

Die wahren Absichten Poincares.

Eine Erklärung des Reichskanzlers.

Reichskanzler Dr. Cuno hat einem englischen Journalisten dieser Tage ein Interview gewährt, in dem er sich über die Absichten Frankreichs bei der Durchführung der Ruhraktion äußert. Der Kanzler wendet sich zunächst an Hand der militärischen Ereignisse im Ruhrgebiet gegen die Lügen Poincares, der behauptet, die Ruhrbesetzung sei keine militärische Operation. Wenn es Poincares Wunsch gewesen wäre, so jagte der Reichskanzler, keine Reparationszahlungen zu bekommen, dann hätte er kaum anders handeln können. Da man als vernünftiger Mensch nicht einsehen könne, daß die Forderung des wirtschaftlichen Ruins Deutschlands ein Mittel zur Erleichterung der Reparationszahlungen ist, so müsse man eben nach anderen Triebfedern der französischen Aktion suchen. Diese zu finden, ist nicht schwer. Die Okkupation des Ruhrgebietes sei der erste Schritt in dem Programm des von Poincare nach Deutschland entsandten Vorjagenden des Finanzjuchses des Senats, Dariat, der in seinem Bericht u. a. lagte:

„Wir Franzosen sind in der Lage, die gesamte Produktion des Ruhrgebietes zu beherrschen. Wir können durch geeignete Maßnahmen die deutschen verarbeitenden Industrien von ihrer Kohle, ihren Erzen, ihrem Gaseisen und ihrem Stahl abtrennen, wir können die Industrie der Großmagazinen in Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort vollständig desorganisieren. Wir können eine Ruhrbarbarie des Ruhrgebietes in der Form eines Zusammenarbeitens zwischen Frankreich und Deutschland erzwingen, daß uns die dauernde Herrschaft über die deutsche Produktion überläßt. Dazu bedarf es keines Zwanges, sondern nur eines gelinden Drucks. Den Magnaten muß eröffnet werden, arbeite mit uns Franzosen zusammen oder wir werden eure Industrie desorganisieren.“

Die hier vorgelegene „Ruhrbarbarie“ des Ruhrgebietes, so erklärte der Kanzler weiter, sei zweifellos nur das erste Ziel der Okkupation. Das zweite sei die Beherrschung der deutschen Produktion als Ganzes. Darüber hat sich Dariat in seinem Bericht, wie folgt, geäußert:

„Wenn wir auf dem rechten Ufer des Rheines stehen und zugleich über 5 Millionen Tonnen Jahresproduktion an Erzen gebieren, sind wir in der Lage, eine entscheidende Rolle in der deutschen Metallerzeugung zu spielen, die uns befähigt, uns die Kontrolle über die Produktion einzuräumen zu lassen. Dies muß die Lösung für die Zukunft sein.“

Man kann dem Kanzler bestimmen, wenn er aus diesem Bericht den Schluß zieht, daß die Okkupation des Ruhrgebietes ein Streich gegen das Herz der deutschen Industrie bedeutet und man wird mit ihm befürchten müssen, daß Poincare nach dem Plane Dariat diese Maßnahme zu einer dauernden machen wird. Dariat selbst sagt in seinem Bericht:

„Wir können nicht im Traum in Erwägung ziehen, dieses Pfand jemals aufzugeben. Ein wohlüberlegte, diplomatisches Spiel muß in gut durchdachter Aktion ein freies Rheinland unter dem militärischen Schutz Frankreichs und Belgiens von Deutschland loszulösen wissen.“

Der Reichskanzler gibt am Schluß des Interviews den Anknüpfungspunkt, daß die Reparationssumme abzüglich so hoch angelegt worden ist, daß weder Deutschland noch ein anderes Land sie je hätte zahlen können, nur damit die Zahlungsunfähigkeit als Vorwand für die Durchführung dieser Aktion genutzt werden konnte.“

Ueber die Stellung der deutschen Regierung zur jetzigen Lage jagte der Kanzler, die Regierung nehme nach wie vor den Standpunkt ein, den er in seiner Reichstagsrede festgelegt habe. Der Friedensvertrag sei verehrt und wir würden fortfahren, unsere Pflichten gegenüber den Signatarmächten zu erfüllen, die sich an der Vertragsverletzung nicht beteiligt haben. „Die Grubenbesitzer und Arbeiter des Ruhrgebietes werden gegenüber den Drohungen des französischen Militarismus standhalten, indem sie sich weigern, Frankreich und Belgien mit Kohle zu versorgen. Sie leisten einem ungeheuerlichen Uebergriffe Widerstand und die Reichsregierung wird sie in dieser Haltung unterstützen. Wir verteidigen die Unabhängigkeit des deutschen Gebietes und die Freiheit einer deutschen Bevölkerung gegen die Absichten eines aggressiven Imperialismus. Wir werden fest bleiben und ich weiß, daß das ganze deutsche Volk hinter uns ist.“

Maul halten, Jude!

Die Sitzung der französischen Kammer am 11. Januar war so interessant, daß es sich verlohnt, auf sie zurück zu kommen.

Zwar wurde, was Herr Poincaré über die Ruhrbefehung sagte, um die ganze Erde gefächelt, aber weniger Interesse fand die Rede des Sprechers der sozialistischen Partei, des Genossen Leon Blum, und was sich bei ihr abspielte.

Wir folgen dem Bericht der „Freien Presse“, des deutsch geschriebenen Straßburger Parteiblatts. Er läßt erkennen, daß sich die Herrschaften des Nationalen Blods an jenem verhängnisvollen Abend in der ausgelassensten Stimmung befanden. Das sozialistische Blatt entwirft davon folgendes Bild:

Eine Kammer? Das? Ein Parlament? Die paar hundert eleganten, von Ueberpatriotismus und guten Weinen weisshäumenden älteren und jüngeren Herren, die im Wirbel der 1919er Wahlen ins Palais Bourbon geweht wurden? Wie schade, daß die strengen, hohen Mauern, die den Sitzungssaal zu einer feierlich-gemüthlichen Riesen-Dampfbadewanne machen, nicht für ein paar Stunden abgebaut werden können. Wie schade, daß am Donnerstag, dem 11. Januar 1923, nicht ganz Frankreich, die Jungen wie die Alten, dem heren Schauspiel bewohnten, das die Mehrheit, unter der symbolischen Führung des begabtesten eiter-angefülltesten Begeisterers der demokratischen Republik, des Royalisten Leon Daudet den überfüllten Tribünen bot.

Wie schade, daß nicht das ganze französische Volk ohne Unterschied der politischen Tendenzen, das den überfüllten Sälen der nobeln Herren entzückende Gebrüll hören konnte. Da wurde gelacht, getobt, gejohlt, geklappert... Da riefen die Edlen der Rechten, als der Sozialist Leon Blum auf die Tribüne stieg, in den Saal: „s Maul halten die Juden! Schweig Jude! Geh Sauerbrat freisen. (Leon Blum ist eifässischer Abstammung.) Abwofat der Boshes...“

Und die Mehrheit des Bloc National, zu der wohl viele Einzelne gehören, die sozial nichtsfranzösische Flegelhaftigkeit nur ungern ertragen, sie schwieg, sie rührte sich nicht, sie unterstützte nicht einmal den Präsidenten, den sie soeben neugewählt hatte, Herrn Raoul Peret, der umsonst die Glocke hin- und heriß, umsonst die Töblichkeit aufforderte, die Reglements zu respektieren und den sozialistischen Redner anzuhören. So toll, so maßlos niedrig, beschämend wurde es schließlich, daß dem Präsidenten nichts anderes übrig blieb, als die Sitzung zu suspendieren.

„Ja, ich bin Jude, ich habe meine Rasse nie verleugnet, werde sie nie verleugnen, und wenn Sie glauben, mich zu beleidigen, indem Sie mich daran erinnern, so irren Sie sich,“ hatte Blum den Töblichkeit zugerufen.

Der Berichterstatter und Augenzeuge hat den Eindruck, als ob dieses Uebermaß nationaler Begeisterung selbst Herrn Poincaré bedenklich gewesen wäre. Hatte der doch schon in seiner Rede erklärt:

„Ich habe schon vor Wochen die Kammer darauf aufmerksam gemacht, daß man von der Befehung des Ruhrgebiets keine beträchtlichen Einkünfte als Resultat erwarten dürfe.“

„Wozu dann die ganze Operation?“, rief ein sozialistischer Abgeordneter dazwischen.

„Weil auch ein wenig immer noch mehr ist, als gar nichts“, erwiderte Herr Poincaré. Dieser tiefgründigen Weisheit klatschte die Mehrheit begeistert Beifall. Aber diese selbe Mehrheit mußte schließlich schweigen, als kurz darauf Genosse Leon Blum in einer kurzen, ausgezeichneten Rede ausrief:

Lieber wenig als gar nichts, sagen Sie. Wobei sie scheinbar vergaßen, daß Sie damit die einzige Operation, die eine Lösung des Gesamtproblems ermöglichen würde, die internationale Anleihe heillos kompromittieren. Um einiger hundert Millionen willen opfern Sie die Milliarden, die wir brauchen für unseren Wiederaufbau und die wir ohne den internationalen Kredit nicht finden werden.

Wenn wir gegen die Politik, die zur Ruhrbefehung führte, protestieren, dann nicht nur, weil Völkerecht, demokratisches Recht, Menschenrecht durch dieser militärische Sanktionen verletzt wird,

sondern vor allem auch im Namen der Interessen Frankreichs, die Sie in allerschwerster Weise verletzen, im Namen der erhabensten moralischen Interessen sowohl als im Namen der unmittelbarsten und der dringlichsten materiellen Interessen unseres Landes. Wir überlassen der Mehrheit die volle Verantwortung für diese Politik, die zu verhindern wir nicht die Macht haben und für deren Zusammenbruch Sie uns auch nicht im geringsten mit verantwortlich werden machen können. Handlungen, wie die Befehung des Ruhrgebiets, fälschen das wahre Gesicht Frankreichs. Dem in der Welt schon so stark vorhandenen Verdacht, daß Sie offene oder geheime Anagnionen beabsichtigen, Verdacht, den ich für falsch, für unbedeutend halten will, geben Sie neue Nahrung. Sie erwecken den Eindruck, als ob Sie sich mit dem Ruin Deutschlands, mit seinem Bankrott abgefunden hätten. Und ein Land, wie Frankreich das jahrhundertlang das Weltgewissen repräsentierte, kann nicht lange mit ihm in Konflikt bleiben, ohne selbst schwersten Schaden zu erleiden.

Ihre Politik ist eine Politik des Chaos, des Zwistes, des Bankrotts. Wenn die Kammer die sofortige Diskussion unserer Interpellationen annimmt, so werden wir Sozialisten einen letzten Versuch machen, um Sie von der Gefährlichkeit und Falschheit dieser Politik zu überzeugen. Aber welches auch Ihr Beschluß sein mag, so erklären wir vor vornherein, daß wir Sozialisten bereit sind, mitzuarbeiten an Lösungen, die durch den Völkerbund mit Hilfe Amerikas herbeigeführt werden könnten.

Für die Politik, die sich in der Ruhrbefehung verkörpert, wollen wir aber weder vor unserem eigenen Land, noch vor der öffentlichen Weltmeinung auch nur eine Sekunde die Verantwortung tragen. Wenn Sie uns nicht hören wollen, werden wir an das Land appellieren. Wir werden es über seine wahren Interessen aufklären und sind überzeugt, daß uns die Ereignisse auch fernerhin, wie bisher schon, recht geben werden. Möge die Lektion, die Frankreich durch die Entwicklung erteilt werden wird, nicht allzu streng, nicht allzu grausam ausfallen: das ist unser Wunsch.

Die von Ueberpatriotismus und Wein weisshäumenden älteren und jüngeren Herren sind einem Irrtum ihrer vergnügten Laune unterlegen, wenn sie den Juden Leon Blum für einen Boshes hielten. Deutsche, die ihn kennen, haben ihn stets nach Haltung, Sprache und Geist als einen Vertreter jenes Frankreich angesehen, das sie einst in der Person Jaures verehrten und liebten. Dagegen weisen die „älteren und jüngeren Herren“ selber eine fatale Nehmlichkeit mit einer gewissen Sorte von „Boshes“ auf, und man merkt mit einemmal, daß dieser Boshismus eine internationale Erscheinung ist.

Hau du deinen Juden, ich hau meinen Juden — das ist die Gefinnung, in der sich die Patentpatronen von Hüben und Drüben die Hände reiben können. Das ist der Gipfel der politischen Weisheit, der menschlichen Kultur, der völkischen Bewollkommnung — hüben und drüben.

Man muß einhalten, um nicht am Ende ein Loblied auf die Juden zu singen. Allerdings, wären alle Juden wie Leon Blum und alle Nichtjuden wie Leon Daudet und Reinhard Wulle, so stünde es um die letzteren taurig. Leider sind nicht alle Juden wie Leon Blum, glücklicherweise sind von den anderen die wenigsten wie Daudet und Wulle.

Unsere völkischen Rassenantilemten werden gebeten, mitzuteilen, wie sie sich mit dem Fall Blum abzufinden gedenken. Da ist ein Franzose, der den Mut hat, Völkerecht, demokratisches Recht, Selbstbestimmungsrecht zugunsten des von seinen Landsleuten mißhandelten deutschen Volkes anzurufen. Und obwohl nach des großen Dudenorff Lehre die Juden einen Geheimbund zur Vernichtung Deutschlands bilden, ist dieser Franzose — man möchte fast sagen, ausgerechnet — ein Jude. Versteht man sich in der Rolle eines völkischen Rassenantilemten, so beginnt sich einem etwas zu drehen. Aber da die Dummheit nun einmal das Genie befehigt, für die schwierigsten Probleme die einfachsten Lösungen bereitzuhalten, wird sich schon ein Ausweg aus dem Dilemma finden, und es wird sich ergeben, daß ein Jude immer das Maul zu halten hat — mag er auch so reden wie Leon Blum.

Eine Geschmacklosigkeit.

Selbst am Grabe kennt die nationalistische Hege keinen Halt. Ein eklektisches Beispiel für diese Gemütsverrohung hat sich in Karlsruhe abgespielt. Dort wurde vor einigen Tagen der frühere Vorsitzende des Vorstandes der Landesversicherungsanstalt Baden eingekerkert. Bei der Feier im Krematorium ergriff als Körpersbruder des Verstorbenen auch der Karlsruher Arzt Dr. Claus das Wort. Dabei konnte er es sich nicht verlagern, in schroffer Form auf das politische Gebiet abzuweichen: Der Verstorbene habe gehofft, seinen Lebensabend nach Rücktritt von seinem Amt im Jahre 1914 im „Glanz des Deutschen Reiches“ zu verbringen; doch mit Bitterkeit habe er erleben müssen, daß diejenigen, zu deren Wohl er seine Lebensarbeit geleistet habe, (also die der Versicherung unterliegenden Arbeiter und Angestellten) die Totengräber des Reiches geworden seien und ihm den Dolchstoß von hinten verlehrt hätten.

Die Ehrfurcht vor dem Toten und die Anstandspflicht gegenüber den Angehörigen und der Trauerverammlung hielten die anwesenden Regierungsvertreter und Beamten der Landesversicherungsanstalt davon ab, sofort die gebührende Antwort auf diesen verleumdenden und beleidigenden politischen Ausfall gegen Zehntausende von Arbeitern zu geben. Das geschieht jetzt in einer Veröffentlichung des Gesamtverbandes der Landesversicherungsanstalt Baden, in der die Entweihung der Einäscherungsfeier gebrandmarkt, der durch nichts begründete Vorwurf gegen die bei der Landesversicherungsanstalt versicherten Arbeiter zurückgewiesen und das Bedauern darüber ausgesprochen wird, daß ein Mann, der sicher zu den gebildeten Kreisen gerechnet werden will, nicht einmal an einem Sarge den Burgfrieden wahren kann.

Geschlossenheit in der Arbeiterbewegung.

SPD. Der Sozialdemokratische Parteivorstand hatte Freitag vormittag die Fraktionsvorstände des Reichstages und des Preussischen Landtages zu einer Konferenz eingeladen, an der auf Wunsch des Parteivorstandes auch Vertreter des ADGB und der Afa teilnahmen. In der Konferenz ergab sich eine vollständige Uebereinstimmung darüber, daß die gegenwärtige gefährliche Situation ein geschlossenes Zusammengehen der gesamten Arbeiterbewegung erfordere und daß es die Aufgabe der Arbeiterbewegung sei, alles zu tun, um die Abwehr des gewalttätigen französisch-belgischen Einmarsches ins Ruhrgebiet durch zweekdienliche Maßnahmen zu unterstützen und daß alles unterbleiben müsse, was geeignet sei, die Abwehr zu fördern und die Pläne des französischen Imperialismus zum Erlolge zu führen. Die politischen und wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiter legen entscheidendes Gewicht darauf, daß die Regierung schon im Vorbereitungsstadium über alle Maßnahmen die Meinung der Arbeitervertreter sowohl aus den zentralen Körperschaften, wie insbesondere aus dem Ruhrrevier einholt.

Die Trennungslinie gegen die nationalistischen Elemente, welche den Rechtsbruch Frankreichs zu einer neuen allgemeinen Völkerverkehrung ausnützen oder zu Unbequemlichkeiten aufputzen, soll in aller Schärfe gezogen und der Kampf gegen die politische Reaktion nachdrücklich fortgesetzt werden.

Devisen-Kurse.

		Berlin, 22. Januar.	
		20. Januar. 19. Januar.	
Amtliche Devisennotierung an der Berliner Börse.			
Amsterdam	1 fl.	7306.68	7755.56
Brüssel (Antwerpen)	1 Frs.	1127.17	1187.02
Kristiania	1 Kr.	3481.27	3740.62
Kopenhagen	1 Kr.	3486.31	3815.40
Stockholm	1 Kr.	4837.87	5261.81
Helsingfors	1 finn. Mk.	468.82	480.79
Rom	1 Lire	887.75	947.62
London	1 £	85785.—	91021.87
New York	1 Doll.	15708.12	19700.62
Paris	1 Frs.	1281.91	1316.70
Zürich	1 Frs.	3566.00	3800.75
Madrid	1 Pesetas	2952.60	3077.28
Wien	100 Kr.	26.93	22.08
Prag	1 Kr.	533.65	542.67
Budapest	1 Kr.	7.28	7.08

Belle-Plante und Cornelius.

Roman von Claude Lillier.

4. Fortsetzung.

3.

Zum Glück für Belle-Plante wurden die Brüder von der kleinen Luise Desallemanagnes einseholt. Sie kam mit ihrer Wagent Jeanne von Fahrmarkt und ritt auf ihrem gelben Madelon. Sobald sie bei Cornelius war, sagte sie: „Jeanne, halte Madelon an, ich will absteigen und mit Herrn Cornelius gehen.“

„D pui“, sagte die gute Jeanne, „ein Fräulein von zwölf Jahren, in Begleitung eines jungen Herrn spazieren gehen?“

„Welches Unrecht ist dabei, liebe Jeanne? Ich kenne junge Damen, die einen Kopf größer sind als ich und die ganze Nacht durch mit jungen Herren tanzen; und diese jungen Herren sind nicht einmal ihre Nachbarn, wie Herr Cornelius der unsere ist.“

Cornelius war galant, wenn er es sein wollte. Er hielt Madelon an, nahm Luise in seine Arme und stellte sie so sanft als möglich auf den Boden. Die Kleine glättete ihre Bänder, die durch Madelons raschen Schritt etwas zerdrückt waren, brachte ihre Toilette in Ordnung wie eine Kofette von zwanzig Jahren und fragte: „Hat der Fahrmarkt Ihnen etwas Schönes gebracht, Herr Cornelius?“

„Etwas sehr Schönes, Luise; schau, dies hier habe ich für Sie gekauft.“

„Wie!“ sagte Luise. „Sie haben an mich gedacht? Wie liebenswürdig Sie sind, Herr Cornelius!“

Und sie öffnete heftig mit ihrer kleinen, zitternden Hand ein Paket Bänder.

„Und haben Sie, Luise, an Ihren Freund Cornelius gedacht?“

„O ja, fast den ganzen Tag, und daß ich Ihnen nichts einsehole habe, liegt daran, daß mein Vater mir kein Geld geben wollte.“

Jeanne hatte inzwischen das Band gegnüt.

„Man hat Herrn Cornelius beschwindelt“, sagte sie; „das Zeug ist ausgehten und nicht mehr modern.“

„Nun“, antwortete Cornelius, „ma Luise, wenn das Band Sie nicht gefällt, ich Strumpfbänder davon machen; ich bin's zufrieden.“

„Aber“, rief Luise. „das Band ist reizend! Sie haben einen ungewöhnlichen Geschmack, Herr Cornelius. Ich werde am Sonntag mit Ihrem Band beschwindelt zur Messe gehen.“

„In diesem Falle werde ich auch zur Messe gehen.“

„Kleine Kröte!“ sagte Jeanne für sich. „Es gibt keine Kinder mehr, ich werde es Luises Vater sagen.“

„Und was hast du für dich eingekauft, Gelehrter?“ sagte Belle-Plante, den diese Unterhaltung ärgerte.

„Dies hier“, verlehnte Cornelius; „rate, was das ist.“

„Gott verzeih' mir, ich glaube, das ist ein Stück altes Eisen.“

„Armer Kröpf! Das ist ein Magnetstab. Ich weiß, daß du so alt bist, nichts von den Eigenschaften des Magneten weiß.“

„Ich will lieber wissen, was man einem Schien eingeben muß, wenn er kofit hat.“

„Ich weiß es, Herr Cornelius“, rief fröhlich Luise. „Der Magnet zieht das Eisen an; man macht daraus Kompass. Sehen Sie, ich verzehe nicht, was Sie mich gelehrt haben.“

„Danke, Luise!“ sagte Cornelius.

„Sie hätten besser, verzehtes Fräulein, Jeanne zu bitten, daß sie Ihnen zeigt, wie man Kofmäse macht.“

„Sie sind recht osant, Herr Belle-Plante“, sagte Luise und verzog ihr hüßliches Mündchen.

„Sie wollen beachten, Luise, daß Belle-Plante keinen Anspruch darauf erhebt, hier Arriome aufzustellen.“

„Ich mache bessere Arriome als du. Wenn du sogar so gelehrt wärst, wie Herr Guillerand selbst, würdest du auch nicht weit damit kommen!“

„Sag doch gleich: so gelehrt wie der Abbe Koflet, Schatzopfl! Sprache man dann von mir, so würde man mich den gelehrtten, den berühmten, den arumbgelehrten Cornelius nennen; fürchten würden mir Tabakieren leiden; auf unserem Dorfpfahle würde man mir eine Statue setzen und unser Maire, angetan mit der Schärpe und besetzt mit der Feuerwehr, würde vor ihr eine Rede halten. Glaubst du etwa daß das gelehrt Studium nicht lohnt?“

„Den Ruhm“, sagte der sentenzenreiche Belle-Plante. „kann man nicht mit Geld und Gifft verpeiten. Vom Hören wird man nicht fett! Ein Gelehrter mit durchgehenden Vermein, und wäre sein Wissen so tief wie der Brunnen von Barcouille, und ein verzehmelter Schmäher — das ist dasselbe. Frage den Bäcker, ob er dir ein Laib Brot daraus borgen will, daß du das Pulver erstanden hast, und du wirst hören, was er dir antwortet. Es wird dir viel einbringen, wenn du auf unserm Dorfplatz eine Statue aus Sandstein haben wirst!“

„Aus Marmor, Belle-Plante!“

„Weinetwegen aus Marmor, Gelehrter! Das wird die Hflegen nicht hindern, ihre Fünftücher auf deine erhabene Nase zu setzen und die Hunde nach abhalten, ihr Bein an deinem Denkmal aufzusetzen.“

„Das steht Ihnen ganz ähnlich, Herr Belle-Plante“, sagte Luise. „Ihren der Sie die Koflet und Koflet von Ihrem Fräulein an die Dorfplatz verlaufen.“

„Glauben Sie, daß ich davon Schaden habe, mein Fräulein? So macht man Geschäfte. Ich will lieber, daß es von mir heißt: der reiche Belle-Plante, als: der gelehrte Belle-Plante. Wenn man von mir nicht in den Büchern der Mechanik spricht, wird man von mir auf Messer und Wärfen und bei den gerichtlichen Verkäufen sprechen; wenn vor Cornelius die Gelehrten ihre Hüte ziehen, werden sich vor meiner Unterschrift die Bankiers vorbeugen, und das ist mehr wert. Eine schöne Sache, so ein Standbild, das man auch nach eurem Tode sieht. Der Unterschied zwischen unseren Berühmtheiten ist der, daß Cornelius die leinige erst im Sarge geniesen wird, während ich die meinige schon bei Lebzeiten auskostete. Es würde Sie wenig beklüden, wenn man Ihnen, Fräulein Desallemanagnes, während Sie schliefen, einen Kofletkraut an Ihr Nachthäubchen steckte und ihn wieder wegnahme, bevor Sie aufwachen.“

„Mir gleich“, sagte Luise; „ich will immer lieber einen Gelehrten als einen Bauernburken heiraten.“

„Und ich“, verlehnte Belle-Plante, „will lieber eine Frau, die streiden kann, als eine, die noch so gelehrt ist.“

„Du“, sagte Cornelius, „du würdest den Abbe Koflet in Person heiraten, wenn er dir fünfzigtausend Frank Mitgift mitbrächte.“

„Und“, fügte Luise hinzu, „er würde sogar im Ehevertrag ausmachen, daß der gelehrte Abbe streiden lernen muß.“

In diesem Augenblick kam man am Eingang des Dorfes an. Jeanne, die viel auf das Deforum hielt, nötigte Luise, ihr Gelächern wieder zu heftigen.

4.

Einige Wochen später kam an einem schönen Donnerstage Herr Guillerand nach dem Pochthofe des Meisters Belle-Plante. Unter dem Vorwande, sich nach dem Befinden des Wärfers zu erkundigen, für den er das lebhafteste und lauteste Interesse hegte, fand er sich gerade zum zweiten Frühstück ein. Wenn ich Feuilletons nach dem Quadratmeter lieierte, so würde ich es jetzt machen wie ein Bekannter von mir, ein Schildmaler, der nach dem Ruchthaben bezahlt wird. Ich würde Herrn Guillerand ausführlich beschreiben, vom äußersten Ende seines Dreißigsten bis zum äußersten Ende seiner wollenen Strümpfe und würde eine beträchtliche Zeit bei den dazwischenliegenden Gegenden verweilen. Aber leider ist es nicht so! Tirnte und Parier werden alle Tage teurer und ich muß sie selbst bezahlen. Ich könnt auch Herrn Guillerand also vorstellen, wie ihr wollt. Ich gebe euch in dieser Hinsicht unbeschränkte Vollmacht. Nur das laue ich, daß er einen gewaltigen funterfarbigen Hintern mitten im Gesichte trug.

Herr Guillerand ag mit ausgezeichnetem Appetit, wie er ihn immer hatte, wenn er bei anderen Leuten frühstückte; aber der Teufel, der ihm kein gesümt war, weil er die Fiedre unseres Kirchengewölbens bildete, gab dem Meister Belle-Plante ein, zu fragen, ob er mit Francois zurückrenn wäre. Fortsetzung folgt.

Freistaat Lübeck.

Montag, 22. Januar.

Es ist erreicht!

Die Marktentwertung hat einen nie für möglich gehaltenen Höhepunkt erklommen. Die Lage Deutschlands ist verzweifelt und scheint zur Katastrophe zu drängen. Schwere Kämpfe, besonders für die Arbeiterschaft, stehen unmittelbar bevor.

Die Arbeiterschaft gerüstet

Für diese Kämpfe? Eine bürgerliche Regierung ist am Werk, Deutschlands Lage und damit die der arbeitenden Masse wird von Tag zu Tag verhängnisvoller. Wo ist Rettung? Eindringlicher und mahrender als je tönt heute der Ruf:

Steht fest zu Partei und Gewerkschaft!

Best und haltet in diesen für jeden entscheidenden Tagen Eure Arbeiterpresse; den

Lübecker Volksboten.

Lübecker Steuerungszeit.

Die Ereignisse der letzten Zeit haben sämtliche Waren in verstärktem Maße wieder in die Höhe getrieben. Nach der vom Statistischen Landesamt auf Grund der Erhebung vom 17. Januar für Ernährung, Heizung, Beleuchtung und Wohnung vorgenommenen Berechnung beträgt die Lübecker Steuerungszeit in der dritten Januarwoche 80 956 Mark gegen 68 918 Mark in der Vorwoche und 55 605 Mark im Dezemberdurchschnitt. Das bedeutet eine Steigerung von 21 Prozent gegenüber dem 10. Januar und von 45,6 Prozent gegenüber dem Durchschnitt des Vormonats. Die Lebenshaltungskostenindexzahl stellt sich jetzt auf 100 542, das ist also eine über 100fache Verteuerung gegenüber der Vorkriegszeit. — Und die Löhne?!

Milchverbilligung.

Das Jugendamt schreibt: Die hohen Preise machen es vielen Familien unmöglich, ihren Säuglingen und Kleinkindern die nötige Milch zu geben. Lübeck und das Reich haben wieder Mittel zur Unterstützung gestellt, um bedürftige Säuglinge und Kleinkinder mit Milch zu unterstützen. Auch bedürftige stillende Mütter und Schwangere können aus den Mitteln unterstützt werden. Die Gutscheine für die Milch werden in den Fürsorgestellen und in der Schwangerenfürsorge (Parade 1) ausgegeben.

Reich und Länder müssen also wieder Milliarden ausgeben, um die Not der Kinder und Mütter zu lindern. Diese Milliarden sind notwendig, weil es sich die Herren Agrarier leisten können, Milch- und Butterpreise nach Herzenslust jede Woche zu erhöhen, je nachdem es dem Dollar beliebt. Zwar ist das meiste Futter längst gemahlen und verpackt, aber den Preisvorgang macht es doch mit und Ausreden sind immer parat. Übrigens scheint Lübeck mit den Milchpreisen wieder einmal nächst Hamburg an der Spitze zu marschieren. In Kiel kostet die Milch bis zum 26. Januar „nur“ 288 Mk. in Lübeck aber 324 Mk. Sind wir nun von der milchreichen Provinz Schleswig-Holstein abhängig oder von dem Butternotierungsstrahl in Hamburg?

Zeitgemäße Fragen in der Schule.

Um den Kindern die Schrecken eines modernen Krieges nahe zu bringen, haben Schulen im Staate New-York eine Reihe von Fragen formuliert, welche den Kindern während des Unterrichts gestellt werden; typisch sind die Fragen und einleuchtenden Beispiele wie diese:

„Die Gesamtsumme der von allen Völkern für Kriegszwecke aufgewandten Gelder belief sich auf 186 Milliarden Dollars. Schreibe diesen Betrag in Zahlen.“

„Welcher Staat stand nach deiner Meinung nach dem Kriege besser da, als vorher?“

„Das amerikanische Schlachtschiff „Maryland“ kostete mit Ausrüstung 42 000 000 Dollars; unsere Schule kostete 450 000 Dollars. Stelle das Verhältnis der Kosten für beide graphisch dar. Wie groß muß, wenn eine Linie von einem Sechsstunden Zoll die Kosten für Schule darstellt, die Linie sein, welche die Kosten für das Schiff darstellt?“

„Die Zahl der im Weltkriege getöteten Soldaten und Seelente beläuft sich auf 12 990 570. Wievielfach so viel ist das, als unsere Stadt Einwohner zählt?“

Unsere Schulen sollten die Behandlung ähnlicher Fragen in den Lehrplan aufnehmen. — Auch die Religionslehrer, die ja bekanntlich doch durch die Religion verpflichtet wären, den Abscheu vor dem Morden den Kindern ins Herz zu pflanzen, könnten aus der Anregung Nutzen ziehen!

Die Hausbesitzer gegen den Mieterjugendverein.

Der Neue Grundeigentümer-Verein und der Hausbesitzer-Verein für Lübeck und Vorstädte überreichen uns ein längeres Schriftstück, in dem gegen den Artikel des Mieterjugendvereins polemisiert wird und dem wir auszugswiese entnehmen:

Es ist bedauerlich, daß die Führer der Gegenbewegung sich ganz einseitig zu Richtern über wirtschaftliche Fragen aufwerfen, von denen sie entweder nichts verstehen, oder im Interesse ihrer Agitationsziele nichts verstehen wollen. Es ist nicht notwendig, die gesamte Mieterjugend darüber aufzuklären, daß der Streit der Meinungen sich im Grunde genommen gegen ihr eigenes Heim richtet, was letzten Endes die Verminderung der Wohnungsnot bedeutet. Beipflichtet man sich allerdings dem Armut, daß die öffentlich-rechtlichen Abgaben eine Höhe erreicht haben, welche im Verhältnis zur übrigen Miete bei weitem überholt ist.

In jeder Friedensmiete waren rund 8 % für die Abgaben an den Staat notwendig, bezogen also nur auf ein Zwölftel der Gesamtsumme. Zur Zeit wird in Lübeck außer der 18fachen Wohnungsrente die 34fache Friedensmiete, also über 400mal mehr, als im Frieden an öffentlichen Abgaben gezahlt.

Ganz ungenügend ist darum der Protest der Mieter gegen die verlangten höheren Zuschläge für die dringend nötige Bewirtschaftung des Haus- und Grundbesitzes. Die verlangte Steigerung für die gestiegenen Hypothekenzinsen ist so minimal, daß darüber nicht viele Worte zu verlieren sind. Eine ungeheure Zerstörung der öffentlichen Meinung ist es aber, wenn die gegenwärtig noch

immer viel zu gering bemessenen Zuschläge für die Verwaltungs-kosten als „G e m i n“ bezeichnet werden.

Geradezu komisch aber wirkt es, wenn behauptet wird, daß die große „Papiermarkt“-Wertsteigerung gerade des Grundbesitzes schon jetzt 1000fach jede Verwaltungsmühe abgegolten hat. Man denke nur: In einem Grundstück mit drei Wohnungen von 300 Mk. Friedensmiete ergeben sich 900 Mk. als Verwaltungsmühe; nicht für einen Monat, sondern für das ganze Jahr. Wir glauben wohl in unserer Ansicht kaum fehl zu gehen, daß sich für die monatlich notwendigen komplizierten Berechnungen sehr bald jeder einzelne Mieter bestens bedanken wird, weil er nun stundenlang Rechenschuldscheine wegen einer auf den Pfennig genauen Umlage der öffentlichen Abgaben auszuführen hat. Die Mieter werden schließlich über kurz oder lang wieder den alten Zustand herbeiwünschen, welcher die Vertragsfreiheit behielt und eine ausreichende feste Miete vereinbarte. (Mein, das möchten sie gemiß nicht. Red.) Ganz selbstverständlich ist es, daß von dem Mieterjugend-Verein wie bei allen anderen Zuschlägen, auch die Erhöhung für laufende und große Instandsetzungsarbeiten als „viel zu hoch“ bezeichnet werden. Die katastrophale Geldentwertung soll hierbei nach deren Ansicht nicht im geringsten berücksichtigt werden. Die kleinste Instandsetzungs-Reparatur, welche früher einige Mark kostete, erschlängt jetzt ebenso viel hunderte und tausende von Mark. Das ist aber der Grund der hohen Tat, daß man die Häuser durch gewaltsame Zwangsentwertung der für die Instandsetzungsarbeiten notwendigen Mittel, während der Kriegszeit und danach noch bis zum vorigen Jahre, haullich immer mehr hat verkommen lassen. Das, was man in dieser Beziehung als „Mieterschutz“ bezeichnet, wird für die gesamte Mieterjugend selbst zum Nachteil geraten und zwar deshalb, weil die begangenen Sünden und Fehler sich nicht länger verdecken und vertuschen lassen, wenn dem Mieter nicht schließlich das Dach über den Kopf einfallen soll. (So mancher Hausbesitzer ist daran selbst schuld.)

Auch der beabsichtigte Ausgleich durch das Reichsmietengesetz hat keine Besserung geschaffen. Die Landesbehörden und hier in Lübeck der Senat, denken gar nicht daran, den § 3 des Reichsmietengesetzes, wonach die Verwaltungs- und Betriebskosten jedes Grundstücks der jeweiligen Teuerung entsprechen müssen, in die Tat umzusetzen. Vor dem Inkrafttreten des Reichsmietengesetzes wurde nach den Richtlinien des Einigungsamtes ungefähr die doppelte Friedensmiete bezahlt. Nach der jetzt geltenden Senatsverordnung vom 2. Dezember 1922 ist die 18fache Friedensmiete festgesetzt. Dabei gilt außerdem die Bestimmung, daß die gesamten Betriebskosten des Hauses wie: Grundsteuer, Brandkasse, Schornsteinfegerlohn, Wasserzähl, Abgabe für den Wohnungsbau, die Straßenreinigung und das Feuerlöschwesen in der vollen Höhe auf die Mieter umzulegen sind. Die jetzige Teuerung und Geldentwertung wirken auf die Bewirtschaftung der Häuser ebenso bedeutend ein, wie auf alle Wirtschaftsbetriebe. Bei dem Inkrafttreten des Reichsmietengesetzes am 1. Juli vorigen Jahres rechnete man etwa mit der 40fachen allgemeinen Verteuerung. Diese war Anfang Januar ungefähr auf das 500fache gestiegen. Die Teuerung hat sich demnach in dem letzten halben Jahre verzehnfacht. Die Mieten sind aber wieder ganz erheblich zurückgeblieben.

Für die Instandsetzungsarbeiten müßte also unbedingt jetzt der 20fache Betrag dessen gezahlt werden, welcher am 1. Juli vorigen Jahres notwendig war. Die Mieten sind dementsprechend vom Senat aber nur von dem fachen um das 6fache erhöht. Statt der 18fachen Miete müßte mindestens ab 1. Januar die 60fache Miete (natürlich) bezahlt werden. Der jetzige Zustand bedeutet also gegenüber der Zeit, wo die früheren Richtlinien galten, eine gewaltige Verschlechterung. Auch unter der Herrschaft der Richtlinien wurden vom Einigungsamt die Zuschläge für Instandsetzung andauernd so niedrig gehalten, daß nur die allerdringendsten Arbeiten bezahlt werden konnten; viele durchaus notwendige Reparaturen unterblieben und die Folge war, daß ein weitgehender Verfall der Häuser und Wohnungen eintrat. Jetzt hat sich diese Lage in erschreckendem Maße verschlimmert. Schon für die Ausführung der kleinsten Reparatur wird bei den jetzigen Löhnen und Materialpreisen fast der ganze Instandsetzungszuschlag aufgebraucht.

Die Ausführungen des Artikelschreibers vom Mieterjugendverein sind also höchst richtig zu stellen, daß von den Vertretern der Hausbesitzer erklärt wurde, daß bis jetzt durch die geringen Zuschläge die Reparaturpflicht einfach nicht erfüllt werden konnte und auch in Zukunft keine Reparaturen ausgeführt werden können, wenn nicht eine durchgreifende Erhöhung der Zuschläge vom Senat verordnet wird. Wir lehnen es auch in Zukunft ab, über diesbezügliche Vorschläge mit dem Einigungsamt wieder zu verhandeln und verlangen mit allem Nachdruck vom Senat die Schaffung einer unparteiischen Instanz, welche die Zuschläge nach Gutdünken von Sachverständigen entsprechend der weiteren Geldentwertung festsetzen soll!

Was der Beauftragte der Hausbesitzervereine hier in langatmigen Ausführungen sagen will, spiegelt in dem einen stichförmigen Satz: „Die Mieter würden über kurz oder lang den alten Zustand herbeiwünschen, der die Vertragsfreiheit behielt und eine ausreichende feste Miete vereinbarte.“ Zu deutsch: Beseitigung der Wohnungszwangswirtschaft und Mieteleistung der Hausbesitzer, — mit rühmlichen Ausnahmen — dem Dollarkurs entsprechend, — also nach Herzenslust. Um das Glend weitest Volkstreuhe noch trostloser zu gestalten, fehlte nur noch dieses eine. Dann würde, wie es in einem Schlußsatz heißt, allerdings ein Verkauf der Häuser an Ausländer verhindert werden, weil dann gewisse Spekulationen deutscher Garnitur den Kurs für Wohnungen festsetzen könnten. Die Wohnungsrente würden toller Heister als der Dollar und die Häuser als Sachwerte und begehrtestes Spekulationsobjekt von einer Hand in die andere wandern, wobei an jeder etwas kleben bleiben würde. Ueber den Armut der Hausbesitzer über die Rechnungslegung der öffentlichen Abgaben wollen wir kein Wort verlieren. Die Pflichten zum Wohle des Staates werden verschiedentlich aufgeführt. Hier wird dem Staate so quast unterstellt, daß er zu viel fordere, während dem Hausbesitzer zu wenig bewilligt werde. Dabei wird bezeichnenderweise verheimlicht, daß unter diesen öffentlichen Abgaben diejenige für den Wohnungsbau enthalten ist. Zu dieser sozialen Abgabe wird allerdings auch jene Sorte Hausbesitzer herangezogen, die gewohnt war, alle Lasten nur dem Mieter aufzuerlegen. Die Häuser baute, kaufte und verkaufte, um Geschäft zu machen, nicht aber, um Heime für die Witwenhütten zu schaffen oder zu erhalten. Wer heute glauben sollte, der freie Wohnungsmarkt würde mehr Wohnungen schaffen, der ist falsch eingeteilt. Die Mieten würden eine solche Höhe erklimmen, daß sie unzahlbar wären und vor Neubauten erst recht abhären. Nach der letzten Mietererhöhung und den notwendigen Zuschlägen müßten wir auf diesem Gebiet für einige Zeit Ruhe haben. Eine „unparteiische Instanz“, wie sie die Interessentengruppen an Stelle des Mieteinigungsamtes fordern, lehnen wir ab, selbst wenn sich einzelne Hausbesitzer einbilden, die allein maßgebenden Sachverständigen zu sein. Im übrigen mag sich der Mieterjugendverein zu dem Artikel äußern, an den er gerichtet ist.

Die Minderbemittelten und die Zuschläge zur Grundsteuer. Das Wohlfahrtsamt schreibt: In diesen Tagen werden vom Finanzamt die Berechnungen über die Zuschläge zur Grundsteuer zur Förderung des Wohnungsbau, für Feuerlöschwesen und für

Straßenreinigung verfaßt. Diese Zuschläge sind in Mietshäusern dem Eigentümer von den Mietern im Verhältnis ihrer Grundmieten zu dem Grundmietwert des ganzen Grundstückes zu entrichten. Von der Entrichtung des Zuschlages zur Förderung des Wohnungsbaues kann Erlass oder Erstattung des Zuschlages beantragt werden von Personen, die über 60 Jahre alt oder erwerbsunfähig oder nicht bloß vorübergehend behindert sind, ihren Lebensunterhalt durch eigenen Erwerb zu bestreiten, und ihr steuerbares Jahreseinkommen für das der Veranlagung vorausgehende Rechnungsjahr (also 1921) 20 000 Mk. nicht übersteigt. Befreiung von der Abgabe kann auch dann gewährt werden, wenn ihre Erhebung wegen Krankheit oder Erwerbslosigkeit des Abgabenschuldners oder aus sonstigen Gründen eine besondere Härte bedeuten würde. Ueber die Erhebung eines Zuschlages zur Grundsteuer, für Feuerlöschwesen und Straßenreinigung werden vor-aussichtlich dieselben Bestimmungen gelten wie bei der Abgabe zur Förderung des Wohnungsbaues. Personen, auf welche die Ausnahmebestimmungen zutreffen, können beim Finanzamt, Kleinhauzerstraße Nr. 20, kinderreiche Familien zunächst beim Wohlfahrtsamt, Zimmer 27, 2. Stock, den Antrag auf Befreiung stellen, und wenn die Abgabe noch nicht entrichtet ist, gleichzeitig um Stundung einkommen. Beim Finanzamt ist der Antrag schriftlich zu stellen.

Das Schiffsunglück vor den Stockholmer Schären. Zu dem Verlust des Lübecker Seglers „Heimat“ wird ergänzend aus Stockholm berichtet: Am 17. Januar ist der in Landsort stationierte Postsegler erneut nach dem vor Sandhamn gestrandeten Lübecker Dreimastsegler „Heimat“ abgegangen. Trotz des grohen Seeganges gelang es dem Zollkutter längsseit des Schöpfers zu kommen. In der Kajüte fand man außer den Schiffspapieren ein in einer Flasche eingeforktes Schreiben des Kapitäns, worin dieser in Kürze die Ursache der Katastrophe und den Verkauf derselben schilderte. Wie aus dem Schreiben hervorgeht, hat das Schiff schon am Sonntag, 14. Januar, nachmittags 4 1/2 Uhr schweren Ruderbeschaden erlitten. In dem jäheren Sturm wurden der Steuermann und ein Matrose durch überkommende schwere Seen erheblich verletzt. Während der Nacht wurden von dem manövrierunfähig treibenden Schiff miederholt Blaufeuere abgebrannt. In der zertrümmerten Kajüte fand man außerdem sechs Seefahrtsbücher von Leuten der Besatzung und die Mußertrolle, aus der hervorgeht, daß die Besatzung aus 12 Mann bestand. Die völlig durchnässten Papiere sind von dem Zollinspektor in Verwahrung genommen und werden eingehend auf die Namen und Heimatsadressen der umgekommenen Leute untersucht werden. Der Segler liegt jetzt fast gänzlich auseinandergeschlagen und in der Mitte durchgebrochen hoch auf den Felsen. Wie man festgestellt hat, hat die Besatzung noch versucht, durch Fallentlassen der Anker die Strandung zu verhüten. Von der Unterseite sind etwa 40 Faden ausgestrahlt. Von den Schiffbrüchigen hat man bisher nichts gehört, auch sind bis jetzt keine Leiden angetrieben. — Wie die Schleswig-Holst. Volks-Ztg. berichtet, war der bei dem Schiffsunglück ums Leben gekommene Seemann Erik Clausen aus Blön unser Parteimitglied und bis zu seiner Umarmung Vorsitzender des Ortsausschusses des DGB. Er war mehrere Jahre vom Beruf ab und hatte sich erst vor 8 Wochen wieder amnuiert lassen.

Zum Seiten der Zentrale für private Fürsorge findet am Mittwoch, dem 24. d. M., abends 8 Uhr, in der „Flora“ eine Aufführung klassischer Gymnastik und Tanz der Schule E. von Greding statt. In der letzten Zeit hat besonders diese Richtung erfreulichen Aufschwung genommen. Ausgehend von dem Grundsatze, daß der Tanz den Menschen froh und leicht macht, die Lebensfreude hebt, den Körper geschmeidig und jung erhält, Frohsinn und Heiterkeit ausstrahlt, haben eine Reihe von Meister der Tanzkunst, anlehnd an die alten klassischen Tänze diese wieder zu neuem Leben erweckt. Diese Ziele verfolgt auch die Schule von Greding und ist ein Besuch dieser Veranstaltung, abgesehen von dem guten Zweck, nur warm zu empfehlen. Näheres geht aus dem heutigen Inserat hervor.

wb. Stadthallen-Vorstellung. Aus einer Erzählung „Graf Felsenberg“ von Felix Salten hat Jenny Caslien einen geschmackvollen Unterhaltungsfilm geformt, der ein sehr anständiges Niveau zeigt. Friedrich Zellist, der die Hauptrolle selbst spielt, führt eine, an Einfallern reiche, dem Herkömmlichen neue Lichter einfügende Regie. Wo er gezwungen ist, sentimental aufzutragen, vermeidet er den Druck auf die Tränenröhren und gibt ganz durchgeföhletes Erlebnis. Die Geschichte vom überführten Hochstapler, an dem das liebende Frauenherz, trotzdem hängen bleibt, umgibt Zellist mit den Strichen sanfter, echter Männlichkeit. Marie Vidal war ihm eine gute Partnerin, die sich angenehm zurückhaltend gibt und famos aussieht. Das Thema von der verkannten Liebe und der Hingabe des Frauenherzens, die dem geliebten Manne alles opfert, behandelt der zweite Hauptfilm „Das Opfer der Ellen Larsen“, in dem viel starke Stimmung steckt und der einen verjöhlichen Ausgang nimmt. Für den Humor sorgte Freden, der amerikanische Filmtrabe, durch seine erste Spekulation.

pb. Gewerksmäßige Fehler. Trotz mehrfacher Verwarnungen haben zwei in der Mühlentrate ermäßigte Produzentenhändler fortgesetzt Metalle, wie Amboße, Eisenbruch, Kupfer, Messing und Bleirohre, von Leuten aufgekauft, von denen sie sich sagen müßten, daß die Verkäufer die Metalle nur gestohlen haben konnten. Beide wurden festgenommen. Einige Verkäufer der gestohlenen Sachen erlitten daselbe Schicksal. — Wegen Heister wurde ferner ein in der Glodengierstraße wohnhafter Arbeiter festgenommen, der von einer befreundeten Frauensperson Kleidungsstücke, einen wertvollen Umhang und diverse Wäsche angenommen hatte, die diese ihrer Schwester gestohlen hatte.

pb. Festgenommen wurde ein in Engelswisch wohnhafter Steinformer und ein in der Schönkampstraße wohnhafter Barbier, die eben einem Lagerplatz eine größere Menge Dampftrabe gestohlen hatten.

pb. Diebstähle. In der Nacht zum 20. ds. Mts. ist einem in der Marltrabe wohnhaften Arbeiter ein Ozer- und Unterbett, ein Kopfschuh, ein Betttaken und eine weiße Bettdecke gestohlen worden. — In der Nacht zum 21. ds. Mts. sind einem in Wuntekuh wohnhaften Arbeiter 16 Güter und ein Oahn gestohlen worden, die der Täter in der Nähe des Latories abgeschlachtet hat. — Am 21. ds. Mts. sind mittels Einbruchs aus einem Hause am Tannenhof ein Paar Damenstiefel, 1 silb. Damenuhre mit Goldrand, 1 gold. Damenuhretette, 1 gold. Siegelring, 1 gold. Broche, 1 silb. Kettenportemonaie mit 50 Aluminium-50 Pfennigstücken, 3 m kariertes Biquetstoff und 5000 Mark in bar gestohlen worden!

pb. Vermißt. Seit dem 18. ds. Mts. wird der Kaufmannslehrling Heinz Köch, geb. am 21. Septbr. 1901 in Lübeck, aus seiner an der Falkenwiese Nr. 12 befindlichen elterlichen Wohnung vermißt. Der Vermißte ist 1,65 Meter groß, von schlanker Gestalt und hat dunkle Haare, blaue Augen und sehr schön geformte Ohren. Bekleidet war der Vermißte mit blauem Jackett, grau gestreifter Hose, braunem Mäntel, braunem Hut und weidem Kragen. In den Stiefeln trägt er Plattschuheliegen. Da der Vermißte zu einem 17jährigen Mädchen Zuneigung gefaßt haben soll, die seit der Zeit ebenfalls vermißt wird, erscheint es nicht ausgeschlossen, daß sich die beiden jungen Leute, deren Verhältnis von dem Eltern nicht gewünscht wurde, ein Paar angehen haben.

